

Frank Faulbaum · Christof Wolf (Hrsg.)

Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel
der empirischen Sozialforschung

Schriftenreihe der ASI –
Arbeitsgemeinschaft Sozial-
wissenschaftlicher Institute

ASI

Herausgegeben von

Prof. Dr. Frank Faulbaum, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Paul B. Hill, RWTH Aachen

Prof. Dr. Heiner Meulemann, Universität zu Köln

Prof. Dr. Birgit Pfau-Effinger, Universität Hamburg

Prof. Dr. Jürgen Schupp, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Frank Faulbaum
Christof Wolf (Hrsg.)

Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Lektorat: Frank Engelhardt

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17525-6

Inhaltsverzeichnis

Frank Faulbaum und Christof Wolf

Einleitende Bemerkungen. 7

Teil I: Zur sozialen und demographischen Entwicklung

Martin Diewald

Ungleiche Chancen und ungleiche Verteilungen.

Zur Entwicklung sozialer Ungleichheiten in der Bundesrepublik 11

Rosemarie Nave-Herz

Die Familie im Wandel. 39

Teil II: Zum Wandel von Einstellungen und Werte

Heiner Meulemann

Der Wandel der Wertorientierungen. 59

Renate Köcher

Einstellungen und Befindlichkeiten im Wandel 93

Teil III: Entwicklungen im Bereich der Politik

Matthias Kepplinger

Medien und Politik im Spiegel von 60 Jahren empirischer Forschung 111

Rüdiger Schmitt-Beck

60 Jahre empirische Wahlforschung. 141

Teil IV: Bestandsaufnahme der methodisch-statistischen Forschung

Christian Fleck

60 Jahre empirische Methodenforschung 173

Hans-Jürgen Andreß

60 Jahre sozialwissenschaftliche Datenanalyse 199

Marek Fuchs

Zukünftige Herausforderungen der Umfrageforschung. 227

Autoren 253

Einleitende Bemerkungen

Frank Faulbaum und Christof Wolf

Im Jahr 2009 beging die Bundesrepublik Deutschland das 60jährige Jubiläum des Grundgesetzes. Auf die gleiche Zeitspanne blickte in jenem Jahr auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) zurück. Dies war für die ASI Anlass genug, auf ihrer Jahrestagung einen Blick auf bestimmte Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und für die Sektion „Methoden der empirischen Sozialforschung“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Anlass, einen Blick auf die Entwicklung der empirischen Forschungsmethoden in den vergangenen 60 Jahren zu werfen und mit einem Blick auf zukünftigen Entwicklungen zu verbinden. Im vorliegenden ersten Band der ASI-Schriftenreihe sind die ausgearbeiteten Beiträge einer gemeinsamen Tagung von ASI und Methodensektion zusammengestellt. Mit der Veröffentlichung der Beiträge geht zugleich die Erwartung einher, eine Orientierungshilfe für Lehrende und Studierende im Bereich der empirischen Sozialforschung zur Verfügung zu stellen, zumal die Mehrzahl der Beiträge Perspektiven für die Zukunft abzuleiten versucht.

Die Beiträge gliedern sich in insgesamt vier Bereiche: Soziale und demographische Entwicklung, Wandel von Einstellungen und Werten, Entwicklungen im Bereich der Politik und Bestandsaufnahme der methodisch-statistischen Forschung. Im Bereich „Soziale und demographische Entwicklung“ widmet sich Martin Diewald zunächst der Entwicklung der Ungleichheitsstruktur sowie der Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Lebenschancen und den zentralen Einflussgrößen auf diese Entwicklung. Rosemarie Nave-Herz beschäftigt sich mit dem Wandel der Familie in der Zusammenschau mit dem Wandel der Lebensformen. Im Einzelnen behandelt sie den Familienbegriff und setzt sich mit den Thesen des schrumpfenden Familiensektors und der gestiegenen Pluralität von Lebensformen auseinander. Außerdem werden Veränderungen in der Wertschätzung der Familie beschrieben. Im zweiten Bereich „Wandel von Einstellungen und Werten“ beschäftigt sich zunächst Heiner Meulemann mit dem Thema „Kulturumbbruch und Wiedervereinigung – Wertewandel in Deutschland in den letzten 60 Jahren“. Dabei behandelt er zunächst den Wertewandel in der „alten Bundesrepublik“, um sich dann mit der Entstehung der ostdeutschen Identität nach der Wiederverei-

nigung, der Entwicklung des Werts „Mitbestimmung“ und der Entwicklung der Akzeptanz moralischer Gebote sowie der Religiosität zu beschäftigen. Renate Köcher untersucht die Entwicklung von Einstellungen und Befindlichkeiten. Im Abschnitt „Entwicklungen im Bereich der Politik“ beleuchtet Martin Kepplinger das Verhältnis von Medien und Politik. In ihrem Beitrag „Die deutsche Wahlforschung und die German Longitudinal Election Study“ widmen sich Rüdiger Schmitt-Beck, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher und Bernhard Weßels der Wahlforschung. Dabei ziehen sie aus der bisherigen Forschungsorganisation Konsequenzen für die zukünftige Infrastruktur der akademischen Wahlforschung, was sie zur Vorstellung der German Longitudinal Election Study führt.

In den Datengrundlagen und verwendeten Analyseverfahren der inhaltlichen Beiträge spiegeln sich zentrale Entwicklungen der empirischen Sozialforschung wider. Von besonderer Bedeutung ist die Verfügbarkeit großer, regelmäßig durchgeführter Erhebungsprogramme, die eine systematische und langfristige Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen erlauben. Zu diesen Datengrundlagen gehören der ALLBUS, dessen Vorläufer sich bis Mitte der 1970er Jahre zurückverfolgen lassen, sowie das 1984 gegründete Sozio-ökonomische Panel. Neben diesen nationalen Umfrageprogrammen entstanden eine Reihe international vergleichender Erhebungen. Besonders einflussreich und paradigmatisch war die Studie Political Action (Barnes, Kaase et al. 1979). Aus dem Bereich der akademischen Forschung folgten 1981 die European Values Study, die alle neun Jahre wiederholt wird, das seit 1984 jährlich durchgeführte International Social Survey Programme, die seit 1994 im Rhythmus von nationalen Wahlen erhobene Comparative Study of Electoral Systems und der seit 2002 durchgeführte European Social Survey. Eine detaillierte Beschreibung dieser Entwicklung gibt Smith (2010).

Der Erfolg und die Nachhaltigkeit dieser Erhebungsprogramme basiert auf einer weiteren wichtigen Innovation: der Schaffung von Infrastruktureinrichtungen für die Sozialwissenschaften. Erst diese Einrichtungen, wie das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung oder das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, die heute beide in GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften aufgegangen sind, konnten das notwendige langfristige Engagement für diese Erhebungen sicherstellen.

Die Produktion und Verwertung der genannten Umfrageprogramme basiert jedoch noch auf weiteren hier zu nennenden Neuerungen: Der Entwicklung geeigneter Erhebungsverfahren im Rahmen der Umfragemethodik (Survey Methodology), der Entwicklung statistischer Auswertungsverfahren sowie der Entwicklung geeigneter Hard- und Software zur Ausführung entsprechender Analysen. Auf der Seite der Erhebungsverfahren sind vor allem zu nennen die Weiterent-

wicklungen der standardisierten Befragung, die Etablierung unterschiedlicher Befragungsformen, die Entwicklung geeigneter Stichprobenverfahren sowie die systematische Erforschung der Interaktion von Erhebungsinstrument, Interviewer – so vorhanden – und Befragtem im Rahmen der Survey Methodology (zusammenfassend Groves et al. 2010). Auf Seiten der Auswertungsverfahren sind vor allem der Import statistischer Verfahren der multivariaten Statistik aus anderen Disziplinen und ihre Weiterentwicklung zu nennen. Von besonderer Bedeutung war und sind die lineare Regression, Mehr-Ebenen-Modelle, Faktorenanalysen oder Strukturgleichungsmodelle. Daneben spielen auch Verfahren zur Analyse kategorialer Daten, wie etwa log-lineare Modelle oder Korrespondenzanalyse, eine wichtige Rolle. Einen Überblick über den derzeitigen Kanon der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse bieten Wolf und Best (2010).

Die ersten zwei Beiträge im vierten Abschnitt dieses Bandes analysieren die hier nur skizzierten Entwicklungen eingehender. Christian Fleck beleuchtet Veröffentlichungen im Bereich der empirischen Sozialforschung in Deutschland im Vergleich zu den USA. Dazu untersucht er die in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie sowie der American Sociological Review zwischen 1948 und 2008 publizierten Forschungsarbeiten. Hans-Jürgen Andreß legt den Schwerpunkt seines Beitrags auf Entwicklungen im Bereich der Datenanalyse. Dabei beleuchtet er dieses Feld aus der Perspektive der statistischen Methoden, der Hardware, der Software, der Daten, der beteiligten Personen und Institutionen. Zudem schlägt er eine Phaseneinteilung der Entwicklung der Forschungsfragen seit Mitte des letzten Jahrhunderts vor. Einen etwas anderen Blickwinkel nimmt Marek Fuchs im letzten Beitrag dieses Bandes ein. Er beschäftigt sich mit Qualitätsproblemen und der Qualitätssicherung von Umfragen, der wichtigsten Datenerhebungstechnik der empirischen Sozialforschung. Dabei konzentriert sich Fuchs vor allem auf fünf Herausforderungen der Umfrageforschung: Non-response Bias, Mixed-Mode Erhebungen, Online Befragungen, Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechniken sowie die Folge komplexer Stichprobendesigns für das statistische Testen. Abschließend schlägt er vor, die Umfrageforschung zu einer eigenen (Teil-)Disziplin zu machen, eine, je nach Standpunkt, professionspolitisch interessante oder brisante Vorstellung, die jedoch zeigt, zu welchem Grade sich die Empirische Sozialforschung und insbesondere die Umfrageforschung professionalisiert hat.

Literatur

- Barnes, Samuel H., Max Kaase et al. (Hg.), 1979: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Groves, Robert M., Floyd J. Fowler, Mick P. Couper, James M. Lepkowski, Eleanor Singer, und Roger Tourangeau. 2010. *Survey Methodology*. 2. Auflage. Hoboken, NJ: Wiley.
- Smith, Tom W., 2010: The Globalization of Survey Research. S. 477-484 in: Janet A. Harkness et al. (Hg.): *Survey Methods in Multinational, Multiregional, and Multicultural Contexts*. Hoboken, NJ: Wiley.
- Wolf, Christof, und Henning Best (Hg.), 2010. *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag.

Ungleiche Verteilungen und ungleiche Chancen

Zur Entwicklung sozialer Ungleichheiten in der Bundesrepublik

Martin Diewald

1 Einleitung

Sechzig Jahre Ungleichheitsentwicklung nachzeichnen zu wollen ist in diesem begrenzten Rahmen ein fast unmögliches Unterfangen. Es erfordert von vornherein Einschränkungen im Gegenstandsbereich. Zum ersten blende ich die Entwicklungen in der DDR vor dem Beitritt 1990 aus. Zum zweiten konzentriere ich mich im Hinblick auf die betrachteten Ungleichheitsdimensionen auf diejenigen Dimensionen, für die ich, erstens, mit guten Gründen eine konstant hohe Bedeutung für die Ungleichheitsstruktur insgesamt annehmen kann, und die, zweitens, geeignet sind, Einflüsse wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels auf die Ungleichheitsstruktur widerzuspiegeln. Dies gilt wohl unbestritten einerseits für Geld in Form von Einkommen und Vermögen und andererseits für Erwerbsbeteiligung und die berufliche Positionierung. Trotz einiger Abgesänge auf die Arbeitsgesellschaft bereits vor einigen Jahrzehnten (Gorz 1983) und trotz des vielbeschworenen „Fahrstuhleffekts“ (Beck 1986) der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung bilden beide Bereiche wohl unbestritten immer noch den Kern der Ungleichheitsstruktur und der Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe auch in anderen Lebensbereichen. Allerdings muss bei einer Betrachtung längerfristiger Entwicklungen bedacht werden, dass sich die Bedeutung einzelner Ungleichheitsdimensionen ändern kann. Bei den Einkommen gilt es die Relation zwischen Individuellem Arbeitseinkommen und dem Äquivalenzeinkommen zu beachten, bei beruflichen Positionen im Zusammenhang mit der Destandardisierung von Beschäftigung neben den üblichen Gratifikationen auch die Entwicklung von damit verknüpften Anforderungen und Belastungen. Schließlich soll, als wesentliche Vorbedingung für den Zugang zu Geld und Beruf, als weitere zentrale Ungleichheitsdimension der Zugang zu (höherer) Bildung betrachtet werden. Die Betrachtung dieser Ungleichheiten über die historische Zeit orientiert sich an drei Fragen:

1. Wie entwickelt sich das Gesamtvolumen dessen, was verteilt werden kann?
2. Wie ungleich ist es insgesamt verteilt?
3. Wie ungleich sind die Chancen des Zugangs dazu zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt, nämlich zwischen höheren und niedrigeren Bildungs- und Statusgruppen, Männern und Frauen, verschiedenen Altersgruppen und Lebensformen sowie Migranten und Deutschen?

Damit werden im Folgenden sowohl *Verteilungsungleichheiten* als auch *Chancenungleichheiten* dargestellt. Chancenungleichheiten kommt dabei insofern eine herausragende Bedeutung zu, als sie als Verletzungen des meritokratischen Prinzips und deshalb im Hinblick auf Gerechtigkeitsurteile als besonders problematisch angesehen werden. Weniger eindeutig ist die Bewertung des Ausmaßes an Verteilungsungleichheiten, denn Ungleichheiten gelten auch als Leistungsanreize. Allerdings gibt es eine Reihe von Evidenzen, dass große Verteilungsungleichheit mit einer Reihe gesellschaftlicher Nachteile im Hinblick auf die Lebensqualität einhergeht (Wilkinson/Pickett 2009), und zwar vor allem in Verbindung mit einer geringen Durchlässigkeit.

Bei der Betrachtung der entsprechenden Entwicklungen orientiere ich mich nicht einer Abfolge von Dezennien, sondern unterscheide zwischen zwei Entwicklungslinien, nämlich erstens einer Auflistung von vergleichsweise unbestrittenen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft: Was ist in den letzten 60 Jahren passiert, das zumindest theoretisch Auswirkungen auf Struktur und Wandel sozialer Ungleichheiten haben sollte (Abschnitt 2)? Da jedoch die Geschichte der Ungleichheitsentwicklung in der Bundesrepublik auch eine Geschichte der Ungleichheitsdeutungen ist (vgl. Mayer 2007, Haller 2007), werde ich zweitens auch eine knappe Liste von gängigen soziologischen Realitätskonstruktionen der Ungleichheitsentwicklung aufgreifen (Abschnitt 3). Beide dienen als Deutungsfolien für die im folgenden vierten Abschnitt referierten tatsächlichen sozialstrukturellen Ungleichheitsentwicklungen. Dabei wird sich zeigen, dass es neben beträchtlichen Kontinuitäten in den Ungleichheitsstrukturen auch markante Veränderungen gegeben hat. Der abschließende fünfte Abschnitt fasst die Ungleichheitsentwicklungen noch einmal zusammen und gleicht sie mit geläufigen soziologischen Realitätskonstruktionen ab. Es zeigt sich bei einer differenzierten Sichtweise, dass letztere insgesamt besser mit sozialstrukturellen Entwicklungen harmonieren, als es die häufigen Divergenzen oder gar Animositäten zwischen der sozialstrukturellen Ungleichheitsforschung auf der einen und Trends von Repräsentationen sozialer Ungleichheit auf der anderen Seite vermuten lassen.

2 Kurzer Abriss gesellschaftlicher Entwicklungen

In der Betrachtung von Phasierungen der deutschen Nachkriegsgeschichte, die zu Veränderungen in der Struktur sozialer Ungleichheiten geführt haben könnten, verzichte ich im Folgenden bewusst auf die Behauptung geschlossener, gesamtgesellschaftlich definierter Perioden, wie es das Spiel mit den „Bindestrich-Gesellschaften“ betreibt. Stattdessen betrachte ich zunächst getrennt die Entwicklung in vier Bereichen der Gesellschaftsentwicklung, die theoretisch plausibel direkt für die Ungleichheitsentwicklung relevant sein sollten: (1) die Integration neuer Bevölkerungsgruppen in die Gesamtgesellschaft, (2) kulturelle Entwicklungen, (3) wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung sowie (4) die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats.

Die *Integration neuer Bevölkerungsgruppen* ist für die Betrachtung der Ungleichheitsentwicklung insofern relevant, als sie unmittelbar identitäre, kulturelle und rechtliche Grenzziehungen innerhalb der Bevölkerung bedingen können, die einer Gleichbehandlung im Wege stehen und zur Unterschichtung der einheimischen Bevölkerung führen können. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stand zunächst die Aufnahme mehrerer Millionen Flüchtlinge und Vertriebene vor allem aus den ehemals deutschen Ostgebieten, Polen und der Tschechoslowakei an, immerhin knapp zehn Millionen Menschen allein in der Bundesrepublik. Hinzu kamen zwischen zweieinhalb und drei Millionen Flüchtlinge aus der DDR bis zum Mauerbau 1961. Mit der Migration aus der DDR anfangs überlappend wurden in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders ab 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 und den Regelungen für den Nachzug von Familienangehörigen 1979 dringend benötigte Arbeitskräfte angeworben, die sogenannten „Gastarbeiter“, die zu einem beträchtlichen Teil jedoch in der Bundesrepublik blieben statt in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Die 1980er und 1990er Jahre waren geprägt von verschiedenen Zuwanderwellen der Konventionsflüchtlinge, Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie Illegale. Schließlich stand mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 die Integration der Bevölkerung der ehemaligen DDR auf der gesamtdeutschen Tagesordnung. Die Ungleichheitsstruktur der Bundesrepublik war und ist wesentlich auch dadurch geprägt, in welchem Umfang und in welchem Tempo diese verschiedenen Bevölkerungsgruppen in die bundesrepublikanische Gesellschaft integriert wurden.

Kulturelle Entwicklungen sind für die Ungleichheitsentwicklung mehrfach relevant. Zum einen sind sie mit verantwortlich für die Durchlässigkeit der sozialen Klassen, indem mit Klassenlagen mehr oder weniger stark verkoppelte, mehr oder weniger distinkte kulturelle Praktiken Klassengrenzen zementieren helfen

und damit Aufwärtsmobilität erschweren können (Bourdieu 1982). Zum anderen prägen kulturelle Entwicklungen Ansprüche und Gerechtigkeitsvorstellungen, was nicht nur die Bewertung vorhandener Ungleichheiten beeinflusst, sondern auch institutionelle Veränderungen zu deren Wandel anstoßen kann. Für die Nachkriegszeit bis in die Phase des Wirtschaftswunders hinein hat Schelsky (1965) von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ gesprochen. Damit ist nicht nur ein sozialstrukturelle Einschmelzung einer differenzierten Klassenstruktur gemeint, sondern auch eine Einschmelzen ständischer Orientierungen und Klassengrenzen zu einer „Vereinheitlichung der sozialen und kulturellen Verhaltensformen“ (ebda, S. 332) in Form eines universellen Aufstiegs- und Leistungsstrebens, gleichwohl verbunden mit Ansprüchen an den sich entwickelnden Wohlfahrtsstaat. Mit „1968“ folgte eine kulturelle Liberalisierung und Wertedifferenzierung, die die Anerkennung differenzierter Lebensvorstellungen neben materielle Ansprüche stellte. Damit verbanden sich umfassende Gleichheitsansprüche von Frauen gegenüber Männern sowie Forderungen nach ungehindertem Zugang bisher benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu höherer Bildung. In den 1980er Jahren schließlich wurde *Individualisierung* sowohl als Chance zu Autonomie als auch als individuelle Verantwortung, als Auf-sich-selbst-gestellt-sein bis hin zu der Gefahr der Anomie, thematisiert (Beck 1986): Einerseits befreit sich das individuelle Wollen aus den Zwängen fester sozialstruktureller Prägungen wie insbesondere klassenspezifischer Milieus. Andererseits wird angesichts eines Zwangs zur reflexiven Lebensführung und einer Adressierung an Selbstverantwortung die Identitäts- und Sinnfindung immer mehr zu einer eingeforderten individuellen Leistung, ebenso wie Erfolg und Misserfolg im Leben.

Die Entwicklung von *Wirtschaft und Beschäftigung* lässt sich für die unmittelbare Nachkriegszeit nach Schelskys Deutung zunächst als eine Zeit der blockierten Chancen beschreiben – trotz des universellen Aufstiegsstrebens. Dies änderte sich jedoch seit dem Einsetzen des sogenannten Wirtschaftswunders Mitte der 1950er Jahre, das für circa 20 Jahre bis zum Ölpreisschock zu einem „kurzen Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) mit beträchtlichen, vergleichsweise konstanten Wachstumsraten der Wirtschaft, Vollbeschäftigung und permanentem Einkommensaufstieg für Alle führte. Mit der Mitte der 1970er Jahre wurde die ökonomische und die Beschäftigungsentwicklung unetstetiger, und Massenarbeitslosigkeit etablierte sich als Dauerphänomen. Danach beschleunigte sich statt eines „Endes der Arbeitsgesellschaft“ der Umbau zur Dienstleistungsgesellschaft und mit der IT-Revolution entstanden nicht nur rasch neue Berufe, sondern es veränderten sich die Tätigkeiten und Organisationsstrukturen insgesamt. Seit ca. den 1990er Jahren schließlich ist eine Reorganisation der Wirtschaft als Reaktion auf verschärften globalen Wettbewerb und technologischen Wandel

zu beobachten, wobei es nach 1995 zu einer zunehmenden Destandardisierung der Beschäftigungsformen, unter anderem verbunden mit mehr Erwartungsunsicherheit in den einzelnen Beschäftigungsverhältnissen wie der gesamten Karriereentwicklung kommt (Struck/Köhler 2004).

Auch der *Wohlfahrtsstaat* hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erheblich verändert. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte er mit dem Lastenausgleich eine wichtige, breite Bevölkerungsschichten erfassende kollektive Solidaritäts- und Integrationsaufgabe. Im Verein mit dem Wirtschaftswunder folgte das „goldene Zeitalter“ eines „sorgenden Staats“ (de Swaan 1993) bis in die 1980er Jahre hinein. Danach geriet der Wohlfahrtsstaat unter erheblichen ideologischen Druck durch den Aufstieg des Neoliberalismus und unter finanziellen Druck durch die steigenden Belastungen infolge von Arbeitslosigkeit und gestiegener Lebenserwartung, während das Wirtschaftswachstum sank und unstetiger wurde. Diese finanziellen Belastungen wurden durch die Wiedervereinigung, die zu nicht geringem Anteil durch die Sozialkassen finanziert wurde, noch einmal erheblich verschärft. Nach 2000 wurde dann im Rahmen europäischer Leitideen wie „employability“, „trainability“, „flexicurity“ der faktische Umbau des Sozialstaats unter der „Agenda 2010“ vorangetrieben: Mit Reformen wie den sprichwörtlich gewordenen Hartz IV-Regelungen gab es einen Paradigmenschwenk hin zu selbstverantwortlicher Aktivität statt einer vorbehaltlosen Versorgung und Stattsicherung (Lessenich 2008).

Welche gängigen Thesen beziehungsweise welche Gesellschaftskonstruktionen hinsichtlich Konstanz und Wandel von Ungleichheitsstrukturen gibt es, und wie knüpfen sie an diese Entwicklungen an?

3 Prominente Realitätskonstruktionen der Soziologie sozialer Ungleichheit

Die bereits beschriebene „*nivellierte Mittelstandsgesellschaft*“ Schelskys war sicherlich nicht nur eine der ersten, sondern auch eine der insgesamt wirkmächtigsten Realitätskonstruktionen der deutschen Nachkriegssoziologie. Anknüpfend daran hat sich für die Zeit des Wirtschaftswunders die von Beck (1986) aufgegriffene Metapher des „*Fahrstuhleffekts*“ durchgesetzt: Im Zuge einer beträchtlichen gesamtgesellschaftlichen Wohlstandssteigerung haben sich zwar die Ergebniseigenschaften hinsichtlich des materiellen Wohlstands und auch des Zugangs zu Bildung nicht wesentlich verändert, das heißt die Abstände zwischen Besser- und Schlechterverdienenden sind in etwa gleich geblieben. Es gibt jedoch – ein kollektives Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massen-

konsum“ (S. 122) – das jedoch nicht für Alle dieselbe Bedeutung hat: Während die unteren Schichten dadurch zum ersten Mal Zugang zu bisher gänzlich verschlossenen Welten höherer Bildung und Massenkonsumgütern wie Autos, Fernreisen oder Wohnungseigentum erhalten, bedeutet dies für die oberen Schichten „nur“ ein Mehr dessen, was sie im prinzipiell schon kannten. Insofern werden soziale Ungleichheiten für das Denken, Handeln und Fühlen der Gesellschaftsmitglieder weniger prägend.

Eine dritte Realitätskonstruktion akzentuiert die Kombination aus Fahrstuhleffekt, der kulturellen Liberalisierung von „1968“ und der folgenden *Bildungsexpansion* als Startpunkt für eine generelle Nivellierung von Chancen-Disparitäten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere den Geschlechtern und Herkunftsklassen. Dabei sind verschiedene Varianten anzutreffen (zusammenfassend: Diewald 1994, Rössel 2005). In der Variante der *Entscheidung* wird eine abnehmende Prägekraft der vertikalen Strukturierung der Gesellschaft behauptet. In der Variante der *Entstrukturierung* geht es um eine Reduktion der Zusammenhänge zwischen Bildung, Beruf und der Verfügung über Einkommen und Vermögen (Beck 1986). Dabei sei es insbesondere zu einer *Bildungsinflation* und damit einer Entwertung höherer Bildungsabschlüsse gekommen (Collins 1979). Allerdings gibt es dazu auch eine ebenfalls prominente Gegenerzählung, nämlich die einer bemerkenswerten, für Deutschland besonders charakteristischen institutionellen Starre der Mechanismen der Chancenzuweisung. In dieser Sichtweise hat sich an der frühen Schließung von Chancen im Lebenslauf, den patriarchalischen Strukturen und der Benachteiligung der Arbeiterkinder nichts geändert (Mayer/Blossfeld 1990, Mayer 2006).

Eine vierte Überzeugung richtet sich auf die These einer dauerhaften, sogar generationenübergreifenden Diskriminierung und daraus resultierenden *Unterschichtung durch Migranten* als neuer zusätzlicher Ungleichheitslinie in der Bevölkerung. Diese geringe Integrationskraft der deutschen Gesellschaft wird später dann auch im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung repliziert: Ostdeutschland erscheint hierin als dauerhafte Gesellschaft zweiter Klasse unter der westdeutschen.

Welche der beiden bereits beschriebenen Seiten der Individualisierung, Autonomie oder Anomie stärker betont wird, unterlag Schwankungen. Unter dem Eindruck der beträchtlichen realen Wohlstandsentwicklung und des Fahrstuhleffekts wurden in den 1980er Jahren bis hinein in den Anfang der 1990er Jahre, wie oben beschrieben, eher die verbliebenen sozialen Ungleichheiten relativiert. „*Anything goes*“ war die Devise, Lebensstile und Lebensformen schienen frei wählbar (z.B. Berking/Neckel 1990). Dagegen scheinen in krassem Bruch zu dieser Interpretation in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends plötzlich zunehmend *Bedro-*

hungs- und Unsicherheitszenarien zum Thema zu werden, nun nicht mehr vor dem Hintergrund einer Relativierung verbleibender sozialer Ungleichheiten, sondern als Folge einer zunehmenden sozialen Spaltung und Refeudalisierung an beiden Enden der Statushierarchie: Auf Kosten einer partiell prekarierten Mitte kommt es zur Ausdehnung und Verfestigung einer neuen Unterklasse wie auch zur Abkoppelung der Oberklasse (z.B. Vogel 2006). Gestiegene Herausforderungen und Belastungen föhrend dazu, dass selbst die materiellen Gewinner des Wandels mit einem Verlust stabiler Bindungen und an Lebensqualität zu kämpfen haben (Sennett 1998). Dass 2001 der erste und 2008 der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vorgelegt wurde steht dafür, dass auch die Politik dieses neue Bedrohtheitsgefuhl wahrgenommen hat.

4 Tatsächliche Entwicklungen sozialer Ungleichheiten

Wie verhalten sich diese akzentuierten Deutungen zu real beobachtbaren Entwicklungen? Sicherlich sind von vorneherein keine perfekten Passungen zwischen solchen Deutungsangeboten und Langzeitbeobachtungen sozialstruktureller Verteilungen zu erwarten. Denn während Deutungsangebote, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, Diskontinuitäten akzentuiert darstellen müssen, sind dramatische Veränderungen innerhalb kurzer Zeit in institutionell vergleichsweise stabilen Gesellschaften theoretisch nicht plausibel. Allerdings kann auch die zeitliche Verzögerung zwischen Erhebungszeitpunkten und darauf basierenden Datenaufbereitungen und Analysen auf der einen und sich neu abzeichnenden Entwicklungen auf der anderen Seite zu solchen Diskrepanzen beitragen.

4.1 Der zu verteilende Kuchen: Geld, Jobs und Verteilungsungleichheiten

Betrachtet man die langfristige Entwicklung der *Realeinkommen* (BMAS 2001), so wird zunächst deutlich, dass sich über die Zäsur des Ölpreisschocks Anfang der 1970er Jahre hinaus eine stetige, steile Aufwärtsentwicklung der individuellen Bruttoeinkommen bis in den Anfang der 1990er Jahre hinein feststellen lässt. Im Lauf der 1990er Jahre wird die Kurve dieser Aufwärtsentwicklung allerdings deutlich flacher, um ab dem Ende der 1990er Jahre, gerechnet für alle Einkommensbezieher, sogar um ein knappes Prozent über einen Zehnjahreszeitraum abzusinken (Becker et al. 2008). Vollzeitwerbstatige haben immerhin noch einen sehr geringen Anstieg zu verzeichnen. Die Entwicklung der *Nettoäquivalenzeinkommen* verläuft sehr ähnlich (BMSA 2001). Allerdings geschieht hier die Abwärtsbewegung um wenige Jahre versetzt. Offensichtlich konnten durch

Erwerbsbeteiligungsstrategien von Haushalten bis in den Anfang der 2000er Jahre hinein noch Steigerungen des Haushaltseinkommens erzielt werden, ab da allerdings nicht mehr (Becker et al. 2008). Verglichen mit den im zweiten Abschnitt skizzierten Entwicklungen und den Szenarien des dritten Abschnitts wird deutlich, dass auch nach dem Ende des Traums von der immerwährenden Prosperität durch die Zäsur des Ölpreisschocks eben jene Prosperität noch lange, wenigstens im Durchschnitt, weiterhin beträchtlich anstieg. Erst die Zeit um die Jahrtausendwende, verbunden mit einem spürbarer werdenden Globalisierungsdruck und der gleichzeitigen Absenkung der bisherigen Besitzstandsgarantien des Wohlfahrtsstaates, machte damit Schluss. Dies gilt auch für die Verteilung der Einkommen. War die Einkommensungleichheit in Deutschland lange Zeit stabil, stieg sie in den 1990er Jahren leicht und nach 2000 deutlich an (Becker et al. 2008). Zwar wird die Ungleichheit der Markteinkommen durch Sozialtransfers erheblich reduziert; doch kann diese Umverteilung den Anstieg der Ungleichheit nicht mehr so stark kompensieren wie noch in den 1990er Jahren (Göbel/Krause 2007). Gleichzeitig ist auch der Umverteilungseffekt der privaten Haushalte deutlich zurückgegangen, der dadurch entsteht, dass Erwerbstätige ihre Ressourcen im Haushalt mit Kindern, Älteren und anderen nicht- oder teilweise erwerbstätigen Haushaltsmitgliedern teilen: „Die Veränderung in der Zusammensetzung der Erwerbseinkommen und der Erwerbsbezieher innerhalb der Haushalte hat somit nicht unwesentlich zu der zunehmenden Ungleichheit zwischen den Haushalten beigetragen.“ (ebenda, S. 830). Noch stärker als die Einkommensungleichheit insgesamt stieg im selben Zeitraum deshalb das Armutsrisiko an. Mit einem deutlich überdurchschnittlichen Anstieg der Ungleichheit innerhalb der zwanzig Jahre zwischen 1985 und 2005 liegt Deutschland mittlerweile dicht am Durchschnitt aller OECD-Länder, was das Ausmaß von Einkommensungleichheit und Armut angeht, während es Mitte der 1980er noch deutlich unter dem Durchschnitt lag (OECD 2008).

Auf der Ebene der *beruflichen Positionen* ist die von Braverman (1977) vorhergesagte Proletarisierung der Arbeitnehmerschaft nicht eingetreten. Im Gegenteil ist die *Struktur der Beschäftigung* kontinuierlich, am rasantesten in den 1970er und 1980er Jahren, höherwertiger im Sinne qualifikatorischer Anforderungen geworden (Lott 2010). Das heißt, der Anstieg der Einkommen beruhte auch auf einem Kompositionseffekt, indem geringerwertige Beschäftigung seltener wurde und hochqualifizierte Beschäftigung anteilmäßig anstieg. Dass diese Entwicklung jedoch lediglich eine Seite der Medaille darstellt wird beim Blick in die Arbeitslosenentwicklung nur allzu deutlich (Sachverständigenrat 2010). Hier wird der Epochenbruch deutlich, nämlich die Mitte der 1970er Jahre entstehende und dann rasant angestiegene Arbeitslosigkeit, die seitdem kaum einmal unter 9

Prozent gesunken ist. Die verdeckte Arbeitslosigkeit ist dabei nicht einmal mit eingerechnet. Sie erhöht die offizielle Arbeitslosenquote um noch einmal ca. ein Viertel bis ein Drittel. Vielleicht noch schwerer wiegt der auch im internationalen Vergleich auffällige und seit Mitte der 1980er Jahre erfolgende Aufbau eines hohen Anteils von ca. 30, mittlerweile sogar 40 Prozent Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (ebenda). Zwischen 1975 und 1980 lag dieser Anteil noch bei rund 15 Prozent. Auf der Ebene der Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsstruktur zeigt sich also die Entwicklung hin zu einer im Vergleich zum Wirtschaftswunder stärker gespaltenen Gesellschaft schon recht früh und ausgeprägt, während die Einkommensentwicklung noch lange ein rosigeres Bild zeichnete.

Wenn wir die Beschäftigungsentwicklung betrachten, so ist neben den Einkommen und der Qualifikationsstruktur auch die Entwicklung von Beschäftigungsbedingungen zu beachten, die für die Ungleichheitsbetrachtung relevant sind und sich mit der Destandardisierung der Erwerbsarbeit ausdifferenziert haben. Dies gilt vor allem für berufliche Belastungen und die Unsicherheit der Beschäftigung. Bis in die 1980er Jahre hinein war eher ein Abbau beruflicher Belastungen zu konstatieren, da die traditionell gesundheitsgefährdenden, schwerindustriellen Arbeitsplätze stark abgebaut wurden. Die „saubere“ Büroarbeit nahm dagegen zu. Seit der zweiten Hälfte der 1990er wurden jedoch zunehmende Belastungen der Arbeitnehmer in Form von unerwünschter und nicht abgoltener tatsächlicher Arbeitszeit registriert (Bauer et al. 2004, Lehndorf 2003). Zudem haben gerade bei den qualifizierten und hochqualifizierten Angestellten psychische Belastungen deutlich zugenommen (Siegrist/Theorell 2006), unter anderem verbunden mit einer Verdopplung des Zeitdrucks in den 1990er Jahren (Garhammer 2007). Zudem haben Belastungen in Form von unsicherer Beschäftigung und geringerer Erwartungssicherheit bezüglich der Karriereentwicklung seit etwa der Mitte der 1990er Jahre tatsächlich zugenommen (Diewald/Sill 2004, Sachverständigenrat 2010), nachdem sie bereits längere Zeit vorher als Zukunft der Arbeit thematisiert wurden (Berger/Sopp 1992). Demnach vermitteln die Einkommensentwicklung und das Upgrading der Beschäftigungsstruktur allein ein schiefes Bild: Die Zeiten sind auch für die gut positionierten Arbeitsplatzbesitzer seit zehn bis fünfzehn Jahren spürbar härter geworden, denn Erfolge müssen teurer erkaufte werden. Dies gilt selbst für diejenigen, die die berufliche Etablierung hinter sich haben, denn Aufstiege sind weniger selbstverständlich geworden. Die Neueinsteiger trifft es allerdings noch mehr.

Bildung und *Ausbildung* gelten als legitimierte Zugangsvoraussetzung zu hohen Einkommen und begehrten Positionen sowie als wichtige Voraussetzung für die Wohlstandsentwicklung. Die Ausrufung des Bildungsnotstands in den 1960er Jahren führte denn auch unbestritten zu einer allgemeinen Bildungsex-

pansion, in deren Folge sich die Bildungschancen *aller* Bevölkerungsgruppen entscheidend verbessert haben. Die Hauptschule, die 1952 noch fast vier Fünftel aller Schülerinnen und Schüler zum Schulabschluss führte, ist heute nur noch eine „Restschule“ für ein Fünftel eines Jahrgangs. Umgekehrt ist das Gymnasium zu häufigster Schulform geworden und hat eine frühere Exklusivität verloren. Im internationalen Vergleich wird allerdings von der OECD ein deutlicher Rückstand Deutschlands im tertiären Bildungssektor moniert (OECD 2008b). An dieser Schwelle scheint speziell in Deutschland die Bildungsexpansion entscheidend an Schwung verloren zu haben (Geißler 2006:285). Allerdings hinkt der Vergleich, weil er nicht in Rechnung stellt, dass es in Deutschland im Unterschied zu fast allen Vergleichsländern ein hohes Niveau an beruflicher Ausbildung gibt, die viele Bereiche abdeckt, die anderswo mit Bachelorabschlüssen bedient werden. Eine neu belebte Diskussion dreht sich allerdings genau darum, ob berufliche Ausbildung heute noch jene allgemeinen Kompetenzen adäquat bereitstellt, die für höherwertige Beschäftigung erforderlich sind (Baethge 2007). In dem Maße, in dem sie das nämlich nicht tut, stärkt sie die Bedeutung der Herkunftsfamilie für die Produktion solcher Kompetenzen und verfestigt damit herkunftsbedingte Ungleichheiten (Jackson /Goldthorpe/ Mills 2005). Trotz dieser Kritik und der unbestreitbaren Erosionstendenzen vor allem in Ostdeutschland lässt sich jedoch feststellen, dass die Bedeutung von Bildung und Ausbildung für die Platzierung am Arbeitsmarkt ungebrochen ist. Deshalb lässt sich auch kein Anstieg eines dauerhaften Mismatches zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungsniveau im Kohortenvergleich feststellen (Pollmann-Schult/Mayer 2005).

4.2 Das Ausmaß von Chancenungleichheiten

Insbesondere dann, wenn die Ungleichheit steigt, wird die Frage virulent, wie verfestigt diese Ungleichheitsstrukturen sind, das heißt, wie stark Oben und Unten lebenslang festgelegt sind. Nimmt man dafür die *intergenerationale* Mobilität zum Maßstab, also den Vergleich der Klassenpositionen von Eltern und ihren Kindern, zeigt sich für Westdeutschland seit den 1970er Jahren bis heute eine leichte Tendenz zur Öffnung der Chancenstruktur, die seit den 1990er Jahren eingesetzt hat (Pollak 2008; s. a. Mayer 2006:1345). Bereinigt man die Berechnungen um die Veränderung der Randverteilungen, ist der Trend für Männer noch deutlicher ausgeprägt (ebenda, Abb. 1). Sowohl Aufstiege als auch Abstiege sind bei den Männern leicht gestiegen, wobei sich das Verhältnis zwischen beiden in Richtung Abstiege verschoben hat: von 2,4 auf 2,0 Aufstiege pro Abstiege. Hervorzuheben ist demgegenüber die günstige Entwicklung für westdeutsche Frauen, die verstärkt vorteilhafte Positionen erlangen und unvorteilhafte Positionen vermeiden können: Betrug die Aufwärtsmobilität zwischen 1976 und 1980 noch 26

Prozent, waren es 2000-2006 bereits 37 Prozent. Umgekehrt sank die Abwärtsmobilität von 33 auf 24 Prozent. Das Verhältnis von Aufstiegen zu Abstiegen verändert sich dementsprechend deutlich von 0,8 auf 1,5. Betrachtet man einzelne Klassenlagen, resultieren diese begrenzten Öffnungen vor allem aus gestiegenen Aufstiegschancen aus unteren Klassen sowie der deutlich gestiegenen Fähigkeit westdeutscher Frauen, die obere Klassenposition ihrer Väter zu reproduzieren. Die Situation in Ostdeutschland sieht im Zeitvergleich 1991-1996 und 2000-2006 wesentlich schlechter aus: Abstiege nehmen zu, Aufstiege ab, und zwar für beide Geschlechter. Eine Tendaussage scheint hier aber wegen der besonderen Bedingungen direkt nach der Wiedervereinigung schwer möglich. Man kann jedoch mindestens von einer intergenerationalen Aufstiegsblockade sprechen. Für eine Angleichung der ostdeutschen Entwicklung an die westdeutsche gibt es keine Indizien.

In der Betrachtung der *intragenerationalen Mobilität* lassen sich auf der Ebene von Klassenpositionen keine Trends für die auf die im internationalen Vergleich eher geringe Mobilität feststellen. Anders sieht es bei der Betrachtung der *Einkommensmobilität* aus. Seit etwa Mitte bis Ende der 1990er Jahre und dann verstärkt nach der Jahrtausendwende verändert sich die Situation deutlich (Grabka/Frick 2008, 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung). Arme bleiben demnach länger arm, denn die Aufstiegschancen sind in den unteren Klassen gesunken. Dies ist der wohl unbestrittenste Befund (s.a. Schank et al. 2008, Kalina 2008). Aber auch die Mitte ist unter Druck geraten: Abstiegsmobilität überwiegt jetzt Aufstiegsmobilität, und damit schrumpft die Mitte insgesamt (Grabka/Frick 2008). Dies ist ein Bruch mit der bis zum Beginn des neuen Jahrtausends herrschenden sehr stabilen Situation (Goebel/Habich/Krause 2004). Dazu dürfte unter anderem beigetragen haben, dass quasi-automatische Aufstiege über Senioritätsregeln und innerbetriebliche Karriereleitern erodiert sind (Diewald/Sill 2004). Erträge höherer Bildungsabschlüsse sind unsicherer geworden (Giesecke/Verwiebe 2009). Dennoch scheint in der Gesamtbetrachtung der Analysen zumindest bisher die Abkopplung der unteren Einkommenschichten der dramatischere Befund im Vergleich zu den Erosionstendenzen in der Mitte. Reiche können dagegen noch besser ihre Position oben in der Einkommenshierarchie behaupten und sogar ausbauen. Sie haben sich erfolgreich vom Negativtrend für den großen „Rest“ der Erwerbsbevölkerung abkoppeln können.

Eine ähnliche Richtung nimmt die Entwicklung der *Geld- und Sachvermögen* (Frick/Grabka 2009, 3. Armuts- und Reichtumsbericht). Allein zwischen 2002 und 2007 stieg der Anteil des Gesamtvermögens in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung von bereits 57 auf 60 Prozent. Zudem entwickeln sich seit einigen Jahren die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Einkommen aus

Vermögen zunehmend auseinander: Die Kapitaleinkommen wuchsen von 1997 bis 2007 um 4,2 Prozent p. a., während die Arbeitnehmerentgelte nur um 1,6 Prozent p. a. zulegten. (Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahrgänge). Mit anderen Worten: die Bedeutung der eigenen Arbeitskraft für Wohlstandsgewinne sinkt tendenziell. Zusammengenommen zeigt sich eine Verfestigung des Oben und Unten in der Bevölkerung bei gestiegenen Risiken in der Mitte. Dem steht lediglich für westdeutsche Frauen eine bemerkenswerte Öffnung der intergenerationalen Mobilitätschancen gegenüber, während für westdeutsche Männer keine wesentliche Öffnung vor dem Hintergrund einer im internationalen Vergleich eher geringen Mobilität stattfindet und für Ostdeutschland sogar eine Schließung stattgefunden hat.

4.3 Chancenungleichheiten: Disparitäten zwischen Bevölkerungsgruppen

Gibt es im Zeitverlauf dezidierte Gewinner- und Verlierergruppen innerhalb der Bevölkerung? Betrachten wir zunächst unterschiedliche *Qualifikationsniveaus*. Hier zeigt sich in den Analysen des IAB (Reinberg/Hummel 2007) eine Mitte der 1970er Jahre einsetzende, anhaltende Auseinanderentwicklung der Beschäftigungschancen zu Lasten von Personen ohne Berufsabschluss. Im Vergleich dazu stieg das Arbeitslosigkeitsrisiko von Personen mit Lehr- oder Fachschulabschluss moderater an, während Personen mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss gar keine Erhöhung des Arbeitslosigkeitsrisikos zu verzeichnen hatten. Auch bei Denjenigen, die beschäftigt sind, konzentrieren sich die Risiken sinkender Reallöhne auf Geringqualifizierte (Giesecke/Verwiebe 2009), so dass es nicht verwundert, dass es auch eine zunehmende Konzentration des Armutsrisikos auf Personen ohne Abschluss gibt (3. Armuts- und Reichtumsbericht). Umgekehrt profitieren nicht alle Personen mit Abschluss von steigenden Bildungsrenditen. Es gibt Hinweise dafür, dass die Chance für Lohngewinne zunehmend nur dann gegeben zu sein, wenn berufliche Positionen sich nicht nur durch besondere qualifikatorische Anforderungen auszeichnen, sondern auch machtbasierte Vorteile bieten, was vor allem auf Toppositionen zutrifft (Giesecke/Verwiebe 2009b). Es gibt jedoch noch erheblichen Forschungsbedarf hinsichtlich der genauen Mechanismen hinter den disparaten Einkommensentwicklungen. Allerdings bliebe dieses Bild unvollständig, wenn nicht auf einige Veränderungen in den Beschäftigungsverhältnissen hingewiesen würde. So haben gerade für hochqualifizierte Beschäftigte die realen wöchentlichen Arbeitsstunden zugenommen (Wagner 2001). Hohe Einkommen werden häufiger nur gegen die Inkaufnahme von Unsicherheit gewährt (Giesecke/Groß 2007) oder sind mit hohen Belastungen ver-

bunden (vgl. Siegrist/Thorell 2006), die auch negative Auswirkungen auf das Privatleben haben (Jurczyk et al. 2009, Diewald/Böhm 2010). Dass die zweifellos gestiegenen Belastungen im Arbeitsleben (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2007) sich bei den Niedrigqualifizierten bündeln während die Hochqualifizierten sich dagegen wehren können dürfte mittlerweile als widerlegt gelten. Mit anderen Worten: Es gibt Hinweise, dass hohe Einkommen zunehmend teurer erkauft werden.

Was die Entwicklung der Chancenverteilung zwischen *Frauen und Männern* angeht so wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die intergenerationalen Mobilitätschancen für westdeutsche Frauen deutlich verbessert haben. Das Gleich gilt für den Bildungsbereich. War der Rückstand der Frauen gegenüber den Männern beim Erreichen höherer Bildungsabschlüsse eine der Hauptdisparitäten vor der Bildungsexpansion, haben mittlerweile die Frauen bei den allgemeinbildenden Schulabschlüssen und -noten nicht nur aufgeholt, sondern die Männer bereits leicht überholt. Dies hängt mit größerem Fließ und systematischerem Arbeiten zusammen (Prenzel et al. 2006), aber es gibt auch Hinweise auf eine Benachteiligung von Jungen gegenüber Mädchen bei der Leistungsbeurteilung (Ditton 2004). Auch bei Studienabschlüssen haben Frauen, ausgehend von einem Fünftel der Absolventen Anfang der 1970er Jahre, mittlerweile die 50 Prozent-Marke knapp überschritten (Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahrgänge). Bei der beruflichen Bildung sind Frauen jedoch im Hintertreffen, und sie wählen zudem fast ungebrochen vor allem Ausbildungsberufe und Studienfächer, die weniger einkommens- und prestigeträchtig sind (BMFSFJ 2005).

Auch im Bereich der Erwerbsarbeit lässt sich ein markanter Abbau von Geschlechterunterschieden für Westdeutschland beobachten. Dies gilt zunächst und vor allem für die Erwerbsbeteiligung und hier besonders für Mütter. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland trotz dieser Steigerung jedoch nur im Mittelfeld vergleichbarer Länder (BMFSFJ 2005). In Ostdeutschland liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen generell und Müttern im besonderen deutlich höher als in Westdeutschland. Ausgehend von der DDR mit einer der weltweit höchsten Erwerbsquoten ist allerdings eine Ausbreitung von Teilzeitarbeit und Nichterwerbstätigkeit zu beobachten, die hauptsächlich der schwierigen Arbeitsmarktlage geschuldet ist (Holst/Schupp 2008). Zudem ist das Ausmaß einer nicht ausbildungsadäquaten Beschäftigung im Kohortenvergleich (Geburtskohorten 1919 bis 1971) trotz der anhaltenden Abgesänge auf das duale Ausbildungssystem zwar insgesamt bemerkenswert konstant, doch haben Mismatches zwischen Ausbildung und Beruf für Männer leicht zugenommen, während sie für Frauen drastisch abgenommen haben (Pollmann-Schult/Mayer 2005).

Trotz dieses Aufholens gibt es weiterhin markante Ungleichheiten. Frauen tragen ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko, sie haben mehr Erwerbsunterbrechungen aufgrund familialer Verpflichtungen und haben ein geringeres Einkommen (Rosenfeld/Trappe/Gornick 2004, Kurz 1998), haben immer noch ein erhöhtes Risiko unterwertiger Beschäftigung (Büchel 1998), und sie gelangen nur sehr schwer in Führungspositionen (BMFSFJ 2009). In der Perspektive des internationalen Vergleichs scheint der Wandel dennoch nur langsam vonstatten zu gehen und bleibt vor allem hinter dem in Skandinavien erreichten Stand weit zurück (Peterson/Morgan 2001). Geschlechterstereotype sind zählebig, Chancen werden bereits durch die oben angesprochene Fächerwahl in Ausbildung und Studium ungleich strukturiert sowie durch ungleiche Bezahlung in geschlechtersegregierten Berufen strukturiert (Achatz 2005). Allerdings scheint der Einfluss dieser Faktoren insgesamt zurückzugehen und sich mehr auf hierarchische Unterschiede innerhalb von Berufsgruppen zu konzentrieren (Aisenbrey/Brückner 2008).

Gleichzeitig besteht die ungleiche Verteilung der Hausarbeit zulasten der Frauen fort, auch wenn es eine Angleichung gegeben hat. Immer noch gilt, dass mit zunehmender Ehedauer sogar eine Retraditionalisierung stattfindet (Schulz/Blossfeld 2006). Ob sich daraus in der Addierung mit dem Umfang der Erwerbsarbeit auch weiterhin eine Benachteiligung in der Gesamtarbeitszeit ergibt ist allerdings umstritten.

Die Ungleichheitslage von *Migranten* im Vergleich zur deutschstämmigen Bevölkerung hat sich im Zeitverlauf nicht verbessert und stellt heute eines der großen gesellschaftlichen Probleme dar. Bereits für die Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg gab es durchaus massive Benachteiligungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem, obwohl hier keine großen Barrieren durch kulturelle Unterschiede und Sprachprobleme existierten. Es hat eine ganze Generation gebraucht, bis diese Benachteiligungen überwunden waren (Lüttinger 1989). Dagegen zeichnet sich für die nachfolgenden Migrantengruppen eine dauerhafte und sich nicht stabil positiv verändernde Unterschichtung der deutschstämmigen Bevölkerung ab, die sich in Bildungschancen, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Armutsrisiken und gesellschaftlicher Partizipation zeigt. Dabei gibt es allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Migrantengruppen. Vor allem die türkischstämmigen Migranten erweisen sich als wenig erfolgreich im Bildungs- und Beschäftigungssystem (Söhn 2008). Eine Verbesserung der Situation findet nur schleichend statt. Ursachen für die Schlechterstellung im Bildungssystem sind allerdings wohl weniger in ethnischen Grenzziehungen zu finden als vielmehr in Sprachproblemen, dem niedrigen Bildungsniveau und der niedrigen beruflichen Position der Migrantenfamilien (Kalter/Granato/Kristen 2007).

Migranten stellen schließlich auch auf dem Arbeitsmarkt eine schlechter gestellte Gruppierung dar, und eine Verbesserung erfolgt nur langsam und in der Abfolge der Generationen. Durchschnittlich niedrigere berufliche Qualifikationen und Anerkennungsprobleme von Qualifikationen, die im Herkunftsland erworben wurden, stellen hierfür einen wesentlichen Mechanismus dar. Sie können jedoch nicht die gesamte Schlechterstellung erklären. Hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf im Hinblick auf spezifische Migrantengruppen mit ihren je unterschiedlichen Voraussetzungen (Kalter 2005). Vor allem türkische Jugendliche haben erhebliche Probleme mit der Arbeitsmarktintegration und fallen auch quantitativ als spezielle Gruppierung ins Gewicht.

Lebensformen und Alter sind als neue Determinanten der Ungleichheitsstruktur zunehmend in den Fokus der Ungleichheitsforschung geraten, da sich hier über die letzten Jahrzehnte mehrere bemerkenswerte Verschiebungen ergeben haben. Im Zeitverlauf gab es eine Verschiebung der dominanten Armutsrisiken weg von älteren Frauen, die in den 1960er Jahren weitaus am stärksten von Armut betroffen waren, hin zu jüngeren Menschen, vor allem Kindern und Jugendlichen (zusammenfassend: Hradil 2001:252ff). Vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern gehören zu den am stärksten und immer häufiger betroffenen Risikogruppen. Diese Entwicklung hält derzeit weiterhin an, auch wenn in Folge unetworfener Erwerbsverläufe und der demografischen Entwicklung Altersarmut in Zukunft wohl wieder ansteigen dürfte.

Die mit der Flexibilisierung der Erwerbsarbeit einhergehenden Arbeitsmarktrisiken konzentrieren sich ebenfalls bei den Jüngeren, nämlich den Berufseinsteigern, die eine längere Zeit bis zur beruflichen Etablierung benötigen (vgl. die Beiträge in Szydlik 2008). Dadurch werden auch Pläne der Familiengründung erschwert, das heißt für jüngere Menschen ist die Abstimmung zwischen Berufs- und Privatleben zu einem lebensphasenspezifischen, ungleichheitsrelevanten Problem geworden, das es in dieser Form unter den Bedingungen der „alten Arbeitsgesellschaft“ nicht gegeben hat (Brose/Diewald/Goedicke 2004).

Die Abhängigkeit der Erwerbsbeteiligung und der Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt von der familialen Konstellation hat sich jedoch insgesamt über die letzten Jahrzehnte markant verringert. Mutterschaft stellt zwar immer noch ein Karrierehindernis dar, aber weniger ausgeprägt. Umgekehrt hat sich für Männer die positive Bedeutung von Ehe und Vaterschaft für beruflichen Erfolg abgeschwächt (Pollmann-Schult 2010). Insgesamt ändert dies nichts daran, dass Familie und Alter mittlerweile zu den mit am häufigsten thematisierten, auch unter Gerechtigkeitspunkten als problematisch angesehenen Ursachen sozialer Ungleichheiten geworden sind (Kaufmann 2005).

Mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 kam schließlich auch die Angleichung der Lebensverhältnisse in *Ost- und Westdeutschland* auf die Tagesordnung. Die beiden zentralen Fragen lauten: Gibt es nach den erwartbaren Anpassungsproblemen der ersten Transformationsphase in beiden Teilen eine Entwicklung hin zu einem vergleichbaren Lebensniveau oder verharren die Unterschiede auf dem Niveau einer Unterschichtung Westdeutschlands durch die östlichen Bundesländer? Und zweitens: Gibt es in beiden Teilen Deutschlands eine vergleichbare Chancenstruktur? Trotz der raschen Anhebung der materiellen Lebensbedingungen nach der Wende muss hinsichtlich der ersten Frage ein stabil bleibender beträchtlicher Niveauunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland konstatiert werden (Diewald et al. 2006). Er betrifft zunächst die Arbeitsmarktrisiken und die durchschnittlichen Löhne und Gehälter, auch wenn die Unterschiede in der Kaufkraft deutlich geringer ausfallen als im nominalen Vergleich. Die beruflichen Aufstiegschancen sind vor allem aufgrund schlechterer zwischenbetrieblicher Arbeitsmärkte geringer als in Westdeutschland, während das Arbeitslosigkeitsrisiko bei etwa dem doppelten des westdeutschen Niveaus stagniert, zudem mit einem höheren Anteil an Dauerarbeitslosigkeit (Diewald 2006). Auch bei der intergenerationalen Mobilität (Pollak 2008) zeigt sich eine unterschiedliche Chancensituation: Die mittlerweile gleiche Häufigkeit von Auf- und Abstiegen in Ostdeutschland stellt nicht nur im innerdeutschen Vergleich, sondern auch im internationalen Maßstab eine besonders schlechte Sondersituation dar. Zudem ist der Trend in den letzten Jahren negativ gewesen. Schließlich gibt es auch deutlich geringere Chancen auf Vermögensbildung (BMAS 2008), etwa durch Erbschaften (Schupp/Szydlik 2004).

Die Chancenstruktur Ostdeutschlands zeigt unterschiedliche Tendenzen im Hinblick auf eine Angleichung an Westdeutschland. Die Chancenungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben sich insgesamt weitgehend angeglichen. Dies gilt allerdings auch für weniger wünschenswerte Entwicklungen. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat stark abgenommen. Es zeigen sich gegenläufig zu längerfristigen Entwicklungen in Westdeutschland sogar neue problematische Tendenzen einer zunehmenden Schließung von Klassenschicksalen, indem sich der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Klassenlage im letzten Jahrzehnt spürbar vergrößert hat. Der langjährige, im Hinblick auf Geschlecht und Qualifikation selektive Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands ist das wohl sichtbarste Menetekel dieser Schlechterstellung Ostdeutschlands, auch wenn die Abwanderung mittlerweile gestoppt zu sein scheint.